

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DIE MASSLOSEN
ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN

Presseausschuss, Postfach 1759, 3001 Bern, Tel. 031/44 23 64

An die Redaktionen der
Medien der deutschen und
rätoromanischen Schweiz

3001 Bern, den 12.9.1984/XII

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Abstimmungskampf gegen die beiden Atom- und Energieinitiativen tritt in die entscheidende Schlussphase. Wie Sie dem beiliegenden Parolenspiegel entnehmen können, wird die Liste jener Parteien und Organisationen auf schweizerischer wie kantonaler Ebene, die für ein entschiedenes doppeltes Nein eintreten, immer länger. Darob offensichtlich nervös geworden, greifen gegnerische Inserate unterdessen auch bewusst zu Unwahrheiten.

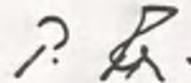
In unserer 12. Ausgabe des Pressedienstes finden Sie wiederum verschiedene Beiträge zur freien Verwendung, darunter auch eine Würdigung der beiden Vorlagen aus christlicher Sicht sowie ein Beleg, dass Bund und Kantone seit der ersten Abstimmung gegen die Atom-Initiative Nr. 1 von 1979 nicht untätig geblieben sind.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZ. AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE MASSLOSEN
ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN

Presseausschuss



Dr. Peter Frei, Pressechef

Beilagen: erwähnt

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984:

2 Initiativen - 1 Absender - viel Verwirrung

Rudolf A. Leder, Geschäftsführer, Energieforum Schweiz, Bern

23 Namen stehen auf der Liste des Initiativekomitees für die am 23. September zur Abstimmung gelangende Energieinitiative. Die gleichen 23 Namen findet man auf der Liste des Initiativkomitees für die Atominitiative. Wer also glaubt, die Energieinitiative sei der vernünftige Gegenvorschlag des Bundesrates zur Atominitiative, der irrt. Beide Vorstösse kommen aus der gleichen Küche, sind gleichermassen extrem, interventionistisch und unsozial. Sie sind beide abzulehnen.

Meinungsumfragen der letzten Wochen zeigen es deutlich: es gibt einen gewissen Prozentsatz von Stimmbürgern, die der Meinung sind, die Energieinitiative sei der bundesrätliche Gegenvorschlag zur Atominitiative. Die Verwirrung ist nicht unverständlich, tönt der Titel der Energieinitiative doch durchaus vernünftig und könnte - auf den ersten Blick - sehr wohl im Bundeshaus erfunden worden sein. Beim Titel hört denn allerdings die Vernunft schon fast vollständig auf. "Fast vollständig", weil die Initiative einige Massnahmen vorschlägt, die kaum auf Opposition stossen würden. Dies vor allem deshalb, weil sie mit den heute vorhandenen Rechtsgrundlagen bereits realisiert werden können. Es braucht dazu also die Energieinitiative gar nicht. Zu jenem Teil von Massnahmen, die darüber hinausgehen stellt der Bundesrat in seiner Botschaft fest: "Die Energieinitiative gäbe dem Bund Kompetenzen, die wesentlich über den durch den Energieartikel abgesteckten Rahmen hinausgehen, und eine Verantwortung, die er nicht übernehmen kann."

Verwirrung stiftet aber auch die Atominitiative. Während ihr Titel "nur" vom Verbot weiterer Kernkraftwerke spricht, dürfen (nach Absatz 4) auch die bestehenden Anlagen (Beznau, Mühleberg, Gösgen, Leibstadt) nicht ersetzt werden. Womit dann 30 bis 40 % unseres Strombedarfs gedeckt werden sollen, sagen die Initianten nicht.

Lassen wir uns nicht täuschen: die beiden Initiativen wurden als "Zwillinge" eingereicht. Sie werden von den gleichen Leuten getragen. Bei der Atominitiative zeichnen zusätzlich acht Damen und Herren verantwortlich, die sich mit der Energieinitiative offenbar ebenfalls nicht anfreunden konnten. Mit beiden Initiativen werden die gleichen Ziele verfolgt - j es genügt bereits die Annahme eines Vorstosses, um uns massive staatliche Eingriffe, Vorschriften, Verbote zu bescheren. Bei der Energieinitiative kommen dann noch Steuern und Subventionen dazu. Beide Initiativen wollen unsere Energieversorgung auf den Kopf stellen. Solche Rosskuren sind nicht zu verantworten. Beide Initiativen sind deshalb abzulehnen.

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984:

2x NEIN im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft

A.S. Am 23. September geht es um einen wichtigen energiepolitischen Entscheid.

Mit der Atominitiative soll der Bau neuer Kernkraftwerke verboten werden. Die bestehenden Anlagen hätten ihren Betrieb im Laufe der nächsten 30 bis 40 Jahren einzustellen. Mit Hilfe rigoroser Sparmassnahmen, wie sie die zweite Vorlage, die Energieinitiative vorsieht, wäre die Energieversorgung auf einem tieferen Niveau einzupendeln.

Die beiden Initiativen ergänzen sich gegenseitig und verfolgen das gleiche Ziel: Die Schweiz soll in absehbarer Zeit ohne Energie aus Kernkraftwerken auskommen und sich im Verbrauch von Energie nach der Decke strecken. Eine ausreichende und gesicherte Versorgung mit Energie bildet aber die Grundlage jeder wirtschaftlichen Entwicklung. Von dieser Ueberlegung gingen schon die Pioniere der Industrialisierung unseres Landes aus. Die ersten Fabriken entstanden in unmittelbarer Nähe der Bäche und Flüsse. Der Ersatz der Wasserkraft durch Kohle, Oel und Elektrizität änderte nichts daran. Die Versorgung mit möglichst günstiger Energie blieb die Voraussetzung der wirtschaftlichen Tätigkeit. Auch heute noch unbekannte Energieträger werden diesem Gesetz unterliegen.

Das gilt für die grossen Industriebetriebe, die gewerblichen Unternehmungen bis zu jedem Bauernhof und selbst für den privaten Haushalt. Aller Voraussicht nach nimmt der Verbrauch von Energie auch in den kommenden Jahren weiter zu. Man rechnet mit einer Zuwachsrate von 2,3 bis 2,5% pro Jahr. Schliesslich hoffen weite Kreise, dass sich die Anstrengungen zur Ankurbelung der Wirtschaft positiv auswirken werden. Eine Verknappung und Verteuerung der Energie stellt diese Bemühungen in Frage.

Das sogenannte Null-Wachstum der Atom- und Energieinitianten haben inzwischen verschiedene Wirtschaftszweige kennengelernt. Das kann nicht die Alternative für unsere Zukunft sein. Wir sind auf eine gesunde Volkswirtschaft angewiesen.

Bundesrat und Parlament machten sich die Ablehnung der beiden Initiativen ohne Gegenvorschlag nicht leicht. Bundespräsident Dr. Leon Schlumpf formulierte die Meinung des Gesamtbundesrates in der Mai-Session wie folgt: Es ist nun an der Zeit, dass sich der einzelne Bürger mit seinem Stimmzettel dazu äussern kann, wie er sich die Energiepolitik seines Staates in den kommenden Jahren

und Jahrzehnten vorstellt. Von Expertisen und Konzepten hätten der Bundesrat und das Parlament nun genug, jetzt seien Entscheide fällig. Die grosse Mehrheit des Nationalrates und des Ständerates folgte den Ueberlegungen des Bundesrates. Der Nationalrat lehnte die Atominitiative mit 107:30 und die Energieinitiative mit 95:49 Stimmen ab. Im Ständerat fiel das Resultat mit 24:7 Stimmen noch deutlicher aus.

Bei einer Annahme der beiden Initiativen hätten wir in der Tat mit einschneidenden und weittragenden Folgen zu rechnen, die sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf den Alltag der ganzen Bevölkerung auswirken würden. Die Energie würde knapper und teurer. Allenfalls hätten wir sogar mit einer Kontingentierung der Zuteilung, mit einer Rationierung und mit Netzabschaltungen zu rechnen. Die wirtschaftlichen Unternehmen würden auf diese Massnahme unweigerlich mit einer weiteren Abwanderung von Betrieben ins Ausland antworten. Bestimmte Kreise der Initianten scheinen sogar sogar damit zu rechnen. Damit würden die mit den beiden Initiativen angestrebten Aenderungen unserer Gesellschaftsstrukturen an der Urne erreicht.

"Die Energiepolitik ist ein denkbar ungeeignetes Exerzierfeld für politische Turnübungen aller Art", erklärte Nationalrat Dr. Hans Frei (Romanshorn) vor dem Rat. "Jeder Ausrutscher kann nämlich zu irreparablen Schäden führen. Wer immer es bei den heutigen bewährten Gesellschaftsformen bewenden lassen will, der muss die beiden hier zur Debatte stehenden Initiativen zurückweisen."
Wir sind auf alle Energieträger, auch auf die Kernenergie angewiesen. Nur so bleibt die Energieversorgung für die nächsten Jahre gewährleistet.

12.9.1984/XII

Zur Eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September 1984:

Die unausführbare Energie-Initiative

von Nationalrat Konrad Basler, Esslingen-Egg

Am 23. September gelangen zwei Volksinitiativen aus dem Energiebereich zur Abstimmung. Während die erste Volksinitiative "für eine Zukunft ohne weitere Kernkraftwerke" - entgegen dem Titel - in Zukunft nicht nur den Bau neuer Kernkraftwerke verhindern, sondern auch die bestehenden stilllegen will, marschiert die zweite Initiative unter dem harmlosen und schönklingenden Titel "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung". Auch im Artikel 1 des neuen Verfassungsartikels (er ist im Bundesbüchlein, den Abstimmungserläuterungen des Bundesrates nachzulesen) ziehen die Initianten dem Stimmbürger mit schönklingenden Worten den Speck durchs Maul. Wie realistisch sind aber die Zielsetzungen der Initiative wirklich? Nationalrat Dr. Konrad Basler, Ingenieur und Partner und Mitinhaber eines der grössten Ingenieurunternehmens unseres Landes, geht den Schlagworten auf den Grund. (Die Red.)

Durch ihren Abs. 1 hat diese Initiative einen unerhört ansprechenden Einstieg: Es sollen gesellschaftspolitische Ziele - denen wir beipflichten - über ein Energieleitbild verwirklicht werden. Gesellschaftspolitik mittels Beschränkung eines Naturgutes zu versuchen, ist schlechterdings nur bei einer Energie-Initiative vorstellbar, denn Energie ist das Schlüsselnaturgut. Energie ist Nahrung, gemessen in Kilokalorien, aber auch Wärme oder Elektrizität. Energie ist die Fähigkeit, Arbeit zu leisten. Ob man über eine Energie-Drosselung sogar Verhaltensänderungen erzwingen könnte, ist allerdings fraglich. Sicher ist nur, dass sich damit wirtschaftliches Null-Wachstum ansteuern liesse. Und wie leicht daraus ein Rückgang der Wirtschaft entstehen kann, das haben uns die Folgen des 1973er Energieschocks gezeigt.

Unsere Vorstellung ist daher, dass der Staat vermehrt nur Rahmenbedingungen setze und sich darin der Markt, aber auch die Gesellschaft, so frei wie möglich entwickeln könne. In diesem Rahmen soll ein jeder auf seine Weise mit Energie haushälterisch umgehen. Energiesparen nach Vorschrift bringt weniger, als wenn es aus Einsicht und Eigenverantwortung geschieht. Die Energie-Initiative hingegen brächte eine Summe staatlicher Massnahmen, die unverhältnismässig hoch wären, gemessen an der Wirkung, die nicht einmal garantiert, sondern nur erhofft ist.

Ein Hauptnachteil der Energie-Initiative liegt in der Energiesteuer, die zweckgebunden, nach aufgezählten Kriterien, zu verteilen wäre. Mit der Weitergabe dieser Gelder wird der Bund sich aber schwer tun, wie wir dies heute mit den ebenfalls zweckgebundenen Treibstoffzöllen erleben. Zum einen hängt hier die Höhe der Subventionen von der Steuerkraft der Kantone ab.

Der Bund betreibt also zunächst einmal Finanzausgleich und lässt die Mittel erst in zweiter Linie dem Zweck zukommen, für den sie einst erhoben worden sind, den Aufwendungen für den Strassenbau. Zum andern will der Bund die ausbezahlten Mittel noch kompensiert erhalten mit dem Versuch, sich gleichzeitig von einer anderen Bundesaufgabe zu entlasten, nämlich der Abgeltung an den regionalen öffentlichen Verkehr.

Diese zweckgebundenen Treibstoffzölle laufen zur Zeit beim Bund auf und können nicht verteilt werden, ehe ein - referendumsfähiges! - Gesetz durch die eidgenössischen Räte verabschiedet ist. Aehnliches lässt die Energie-Initiative erwarten.

Man stelle sich nur vor: Sie verhindert unter anderem, dass Verbesserungen an grösseren konventionellen Wasserkraftwerken bewilligt werden können, bevor diese unmögliche, referendumsträchtige Ausführungsgesetzgebung bundesweit in Kraft gesetzt ist; ja noch länger, nämlich bis die Anschlussgesetzgebung auch im Standortkanton die parlamentarischen Mühlen und die Volksabstimmung durchstanden hat.

Und das in einer Zeit, da uns die Wälder zum raschen Umstellen von fossilen Energieträgern auf solche rufen, die keine Luftverunreinigung ergeben: auf Wasserkraft und Kernenergie. Nicht einmal produzierte Band-Energie könnte den Tagesschwankungen verbessert angepasst werden, denn dazu braucht es Pumpspeicherwerke, und das wäre wiederum bewilligungspflichtige Grosstechnologie. Auch die Abwärme von bestehenden Kernkraftwerken wie Beznau könnte aus dem gleichen Grunde nicht genutzt werden. Diese bereits freigesetzte Energie würde weiterhin wirkungslos in die Aare abgegeben, was bei unserem Wissen um die Waldschäden und ihre Ursache aus Verbrennungsprodukten geradezu fahrlässig wäre.

Das Ziel der geförderten Lebensqualität und der umweltfreundlichen Energienutzung ist also nicht nur aus finanzpolitischen, sondern auch aus bewilligungstechnischen Gründen unerreichbar, die Initiative unausführbar. Sie ist daher abzulehnen.

Staatlich verordnete Sparmassnahmen?

AUCH STROM GEHÖRT IN DEN NOTVORRAT

Wer hierzulande einen Lichtschalter anknipst, dem geht allemal umgehend ein Licht auf. Ob Tag oder Nacht, Werktag oder Feiertag, stets kommt unser täglicher Strom aus der Steckdose. Daran haben wir uns gewöhnt. So zuverlässig, wie die Stromrechnung per Post ins Haus geflattert kommt, so pflichtbewusst liefern die Elektrizitätswerke und ihre Mitarbeiter die leise, saubere Energie. Als eine Dienstleistung der öffentlichen Hand.

Selbst wenn irgendwo ein Blitz in ein Unterwerk einschlägt oder eine Lawine einen Hochspannungsmast hinwegfegt: keiner braucht lange im Finstern auszuharren. Durch die ausgeklügelte Vermaschung des Stromnetzes wird es meist alsogleich wieder Licht. Und zwar automatisch.

Elektrizität deckt nur ein Fünftel des Energiebedarfs

Obwohl etwa das schweizerische Mittelland allabendlich im Lichtermeer erstrahlt und die Menschen so gegenseitig daran erinnert, dass da noch andere Mitmenschen mit ihren Freuden oder Sorgen leben, deckt die elektrische Energie nur ein Fünftel des schweizerischen Energiebedarfs. Zu immer noch gut zwei Drittel sind wir vom Erdöl abhängig. Spätestens seit der Suez-Krise 1956 ist jedermann klar, was das bedeutet. Und dass der Nahe Osten nach wie vor ein Pulverfass ist, wird allabendlich an der Tagesschau augenfällig. Nicht nur die Fuchtel der Oel-Scheichs gemahnt zur Sparsamkeit. Schadstoffe und Abgase aus der Verbrennung der aus Oel gewonnenen Brenn- und Treibstoffe drohen uns eine unheilvolle Umweltkatastrophe zu bescheren. Nicht nur, dass Pflanzen im schwefelsauren Regen langsam eingehen, die Verschmutzung der Erdlufthülle, die eine Wärmeabstrahlung zunehmend verhindert,

bringt unser Klima durcheinander. Das ewige Eis am Nord- und am Südpol droht zu schmelzen. Verheerende Ueberschwemmungen wären die Folge.

Sicher ist gesparte Energie die billigste. Das wussten schon unsere Eltern und Grosseltern, die zum rappenspalterischen Haushalten gezwungen waren. In den Ferien war es jeweils der Grossvater, der bestimmte, wann bei hereinbrechender Dämmerung die Stubenlampe angeknipst werden durfte. Seit Beginn des Zweiten Weltkrieges hat unser Energieverbrauch um das Sechsfache zugenommen. Dank eindrücklicher Sparanstrengungen hat sich die Verbrauchs-Kurve etwas abgeflacht. Die Appelle an die Vernunft der Konsumenten verhallen also nicht ungehört...

Der Elektrizität kommt Schlüsselrolle zu

Ohne Strom würde die Wirtschaft zusammenbrechen. Die Maschinen der Industrie so gut wie die Sicherheitsanlagen der Banken, die medizinischen Apparate in den Spitälern wie die Eisenbahnen und Trams. Lediglich die Automobilisten würden kurz aufatmen, weil die Lichtsignale auslöschten. Aber spätestens, wenn sie an der Tanksäule von Hand pumpen müssten, würden sie gewahr werden, dass der tägliche Strom einfach allgegenwärtig ist.

Strom wird hierzulande namentlich durch Speicher-, Fluss- und Kernkraftwerke erzeugt. Darum freuen sich die Elektrizitätswerker, wenn es viel regnet. Fluss- und Kernkraftwerke arbeiten am wirtschaftlichsten, wenn sie rund um die Uhr im Betrieb sind, nicht abgestellt werden müssen. Wenn sie also auch dann Strom produzieren, wenn neben unsern Betten höchstens der elektrische Wecker leise blinkt und im Boiler das Wasser für die Morgendusche aufgeheizt wird. Die Speicherwerke in den Gebirgstälern können dann den Betrieb einstellen. So kommt auch das Personal zur verdienten Nachtruhe. Thermi-

sche Kraftwerke im Ausland produzieren nachts zu viel Strom. Den kaufen wir Schweizer billig. Am Tag verkaufen wir unsern Stromüberschuss ins Ausland. Freilich etwas teurer.

Kritische Winterversorgung

Im strengen Winter, wie er alle zehn Jahre einmal vorkommt, wird es brenzlich. Wenn allenthalben die Heizöfeli für zusätzliche Behaglichkeit auf Hochtouren laufen. Dann machen die Männer in den Zentralen bange Gesichter. Im eher kalten Winter 1980/81 kam jede dritte Kilowattstunde aus den Kernkraftwerken Mühleberg, Beznau und Gösgen-Däniken. Ob uns die benachbarten Ausländer mit so viel Importstrom hätten aus helfen können, ist zweifelhaft, zumal auch sie froren. Vernünftig ist allemal ein Vorrat. Leider kann elektrische Energie nicht gelagert werden. Das ist eine Binsenwahrheit. Weitere Kraftwerke - auch angesichts des steigenden Stromverbrauches - sind nötig, um unsere Versorgung wirklich zu sichern. Als verlässliche Reserve. Sicher nicht auf Vorrat. Das wäre wirtschaftlich unsinnig.

Nicht alle Zeitgenossen teilen diese Auffassung. Sie wollen keine weiteren Kernkraftwerke, sondern "eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung". Also den Strom künstlich verknappen und zum Sparen zwingen. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage aus der Angel heben. Es ist absehbar, dass derartige Zwangsmassnahmen nur mit einer Flut staatlicher Vorschriften zu bewerkstelligen wäre. Beamte würden Wohnungen inspizieren und Isolationsmassnahmen anordnen. Mangel an Elektrizität und ein unübersichtlicher Paragraphen-Salat öffneten der Willkür Tür und Tor. Menschen werden bevormundet, statt ihnen Eigenverantwortung einzuräumen. Staatliche Gängelung anstatt Vernunft. Ein solches Ansinnen passt nicht in ein Land mit einer langen, freiheitlichen Tradition. Selbstverantwortlich gesparte Energie ist die billigste und umweltfreundlichste Energie. Unsinnig ist es, gegen den unentbehrlichen Strom schwimmen zu wollen.

Zur Abstimmung am 23. September

EIN CHRISTLICHES JA ZUR KERNENERGIE

Die friedliche Nutzung der Kernenergie muss aus christlicher Sicht keineswegs verneint werden. Gott ist der Schöpfer aller Dinge, auch des menschlichen Intellekts, der Ursache dafür ist, dass der Mensch stets und überall mit dem Werk Gottes in "Konflikt" gerät. Im Vergleich zu anderen menschlichen Errungenschaften stellt sich die Kernenergie, wie sie in der Schweiz genutzt wird, ausserordentlich günstig an. Selbst die Abfallfrage geht von grundsätzlich positiven Parametern aus, sodass eine befriedigende Lösung des Endlagerproblems erwartet werden kann.

Leider ist es in christlichen Kreisen Mode geworden, einerseits sich unmässig zu fürchten vor der Kerntechnologie (AKW = Atombombe, Krebs, Waldsterben), andererseits sich ebenso gefühlsbetont zurückzusehnen nach der paradiesisch heilen Welt, die es nie gegeben hat. Sowohl die Angst wie die unrealistische Beurteilung der Wirklichkeit sind nicht aus dem Geist der Bibel.

Die Argumente für und wider die Kernenergie lassen sich in der Bibel nicht in Gestalt von einzelnen Sätzen oder Geboten finden, sondern müssen aus einer Verantwortungsethik abgeleitet werden, die sich einerseits vom Geist der Bibel, andererseits von den Schwerpunkten der jeweiligen Gegenwart motivieren lässt.

Die ethische Aufgabe des Menschen

Die Bibel sieht den Menschen als ein Mängelwesen, das seine schöpfungsmässig angelegten Gaben zum Heil oder zum Unheil

anwenden kann. Die beiden Schöpfungsberichte sprechen deutlich von der Freiheit des Menschen, die ihn zur Herrschaft über die Natur berechtigt und seiner gleichzeitigen Verantwortung, die ihn zu treuhänderischer Sorgfaltspflicht gegenüber allem Geschaffenen zwingt. Im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Verantwortung hat er das jeweils Gute zu wählen und dem Bösen zu wehren, was in der täglichen Praxis bedeutet: kritisch abzuwägen zwischen dem grösseren und dem kleineren Uebel!

Uns scheint die Kernenergie in der heutigen Zwangslage, allmählich von einigen Energiegewinnungsformen (Oel, Kohle, später Gas) wegzukommen, das kleinere Uebel zu sein. Kernenergie ist sauber, wirtschaftlich, technisch bestmöglich abgesichert. Im Blick auf bisher der Schöpfung gegenüber begangene Sünden - von den Rodungen halber Kontinente über die Luftverpestung bis zu den Giftdeponien im Meer - bringt sie nicht nur praktisch keine neue Belastung für Mensch, Tier und Pflanze, sondern sogar eine wesentliche Entlastung dadurch, dass sie tatsächlich fossile Brennstoffe schrittweise ersetzen kann.

Sündenfall "Kernenergie" schafft Atempause

Kernenergie als "Sündenfall", "Eingriff in den göttlichen Plan der Materie" darzustellen, ist willkürlich. Der Mensch hat längst seinem Schöpfer die "Pläne" gestört: Ausrottung von Tieren, Korrektur der natürlichen Selektion, Beeinflussung der Erbmasse durch Zucht usw. Kernenergie bremst den Raubbau an den Schätzen der Erde und schafft im Ueberlebenskampf der rasant zunehmenden Weltbevölkerung wenigstens eine kleine Atempause. Dieser Gesichtspunkt ist wichtiger als die - sicher überwertete - Gefahr, dass der Energieverschwendung und dem ungehemmten Wirtschaftswachstum neuer Vorschub geleistet werde.

Radioaktive Abfälle als kleineres Uebel

Die Abfälle, welche ein KKW produziert, bilden einen für die Kernkraftgegner wesentlichen Anlass zur Furcht. Zum ersten Mal in der Geschichte lässt sich vom Menschen produzierter Müll nicht irgendwo verstecken. Bisher verteilten wir die schädlichen Produkte einfach in der Welt, sei es über die Gewässer oder die Atmosphäre. Dass ein ml Erdöl 1000 l Trinkwasser verseucht, empfindet der Durchschnittsbürger kaum mehr als Gefahr, ebenso wenig wie die unheimliche Bedrohung durch fettlösliche Gifte, die sich in der Nahrungskette kumulieren. Der Atom Müll, in sicheren Gesteinsformationen 1000 Meter unter der Erdoberfläche gelagert, ist das kleinere Uebel als die übliche Verdünnung der gefährlichen Stoffe um den ganzen Erdball. Die Endlagerung ist technisch möglich und bedarf neben wissenschaftlicher Bemühungen jetzt vor allem des politischen guten Willens zur Verwirklichung.

Mit der Kernenergie verantwortungsbewusst leben, ist ein Risiko. Dieses scheint uns allerdings kleiner als die Folgekosten einer Zivilisation, die mit der herkömmlichen Energieerzeugung fortfährt und mit Sparmassnahmen allein die Lösung des Problems der nächsten Generation zuschiebt.

ARBEITSGRUPPE CHRISTEN UND ENERGIE

Hans W. Münger, Pfr.
(Präsident)

12.9.84/XII

Die Energie-Initiative hat gute Ansätze, geht aber viel zu weit

Bund und Kantone sind nicht untätig

Die Hauptforderung der am 23. September zur Volksabstimmung gelangenden Energie-Initiative zielt auf eine energietechnische Sanierung aller Gebäude. Genau dazu braucht es das Volksbegehren aber nicht, denn entsprechende Vorschläge des Bundes und der Kantone liegen bereits auf dem Tisch, können also sofort verwirklicht werden und erst noch ohne neue Steuern und Subventionen.

Dass die Initiative "für eine Zukunft ohne Atomkraftwerke" zu weit geht, ist vielen Bürgern klar. Unverständlich scheint ihnen jedoch, dass auch das Volksbegehren "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" abgelehnt werden soll. Wer wollte denn gegen eine sparsame und umweltgerechte Energieversorgung sein? Doch Vorsicht, der Titel ist verführerisch. Das Volksbegehren hat zwar gute Ansätze, aber es geht ebenfalls entschieden zu weit.

Weitreichende Forderungen der Initiative

Die Energie-Initiative verlangt zur Hauptsache, es sei der Energieverbrauch bei Neubauten um 50% und bei Altbauten um 30 bis 50% zu reduzieren. Wie dies konkret zu geschehen hat, sagen die Initianten nicht, mit Ausnahme davon, dass sie die Einführung der individuellen Heizkostenabrechnung verlangen und postulieren, die Gebäudesanierungsmassnahmen seien aus den Mitteln einer neu zu erhebenden Energiesteuer mitzufinanzieren. Da wird mithin auch so getan, als unternähmen Bund und Kantone in diesem Bereiche überhaupt nichts. Dem ist aber nicht so.

Massvolle Sofortmassnahmen des Bundes

Nachdem der Energie-Verfassungsartikel des Bundes 1985 an der Volksabstimmung gescheitert ist, hat der Bundesrat -- gestützt auf das neu erlassene Umweltschutzgesetz -- im Juni dieses Jahres eine Verordnung über die umweltschonende Energieverwendung in Gebäuden in die Vernehmlassung geschickt. Mit zahlreichen, zum Teil sehr weitgehenden Vorschriften betreffend die Isolation bei Neu- und Umbauten sowie betreffend die Dimensionierung und den Ersatz von Heizanlagen, hofft der Bund, den Heizölverbrauch bis ins Jahr 2000 um rund 20% und den Schadstoffausstoss um 7% reduzieren zu können. Die Bauherren und Hauseigentümer werden damit weiteren Einschränkungen unterworfen und zum Teil zu erheblichen Mehrinvestitionen gezwungen, die sich zumindest langfristig auszahlen dürften. Ein Teil der Kantone kennt die vom Bund vorgeschlagenen Vorschriften bereits, und den übrigen soll nunmehr Beine gemacht werden.

Problematische individuelle Heizkostenabrechnung

Im Verordnungsentwurf noch nicht enthalten ist die von den Initianten geforderte Pflicht zur Einführung der individuellen Heizkostenabrechnung. Zwar ist gegen die individuelle Heizkostenabrechnung grundsätzlich nichts einzuwenden, denn sie ist die technische Voraussetzung dafür, damit sich auch die Mieter energiebewusst verhalten können. Die Verordnung schreibt deshalb vor, dass Zentralheizungen so einzurichten sind, dass ~~das~~ die individuelle Heizkostenabrechnung später durch den Einbau von entsprechenden Geräten möglich ist. Dem stehen heute noch technische Probleme entgegen, weil es an absolut zuverlässigen Geräten fehlt. Ganz abgesehen davon bietet die individuelle Heizkostenabrechnung aber auch andere Probleme, vorab sozialer Art. Ältere Leute beispielsweise, die einfach mehr Wärme brauchen, werden so benachteiligt, ebenso alle Mieter der obersten (meist ohnehin schon teuersten) und untersten Wohnungen sowie der Wohnungen auf der Wetterseite eines Mehrfamilienhauses.

Ohne neue Steuern und mehr Beante geht es auch

Nach Angaben des Bundesamtes für Energiewirtschaft hätte auch der Bund mit den Vorschriften noch weitergehen können, jedoch wäre dies mit einem grossen administrativen Aufwand verbunden, und zwar sowohl beim Bund, als auch bei den Kantonen und Gemeinden, die unweigerlich zusätzliches Personal einstellen müssten, denn Vorschriften aufstellen ist das Eine, sie zu kontrollieren und durchzusetzen das Andere. Die Vorschläge des Bundes im Bereiche der Energieverwendung in Gebäuden sind im Gegensatz zu jenen der Initiative nicht nur massvoller und realistischer, sie können auch sofort in Kraft gesetzt werden und deren Durchführung ist nicht an eine staatliche Subventionierung geknüpft, für die zunächst wieder mit grossen administrativen Aufwand eine Spezialsteuer erhoben werden muss.

Das ist nur ein Beispiel, das zeigt, dass die Konsequenzen der Energie-Initiative viel weitreichender sind, als dies deren Text vermuten liesse.

Alois Stehrenberger

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984:

Die Energie-Initiative ist unehrlich und unvernünftig

re. Mit der Volksinitiative "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" soll die Illusion geweckt werden, dass ein normales Leben in einer Schweiz ohne Kernkraftwerke möglich ist. Sie ist die Zwillingsschwester der Atominitiative.

Die offizielle Bezeichnung der Energie-Initiative täuscht, hinter einer schönen und anziehenden Fassade verstecken sich zahlreiche unmögliche, unvernünftige und unehrliche Argumente. Sie werden zudem sehr vage formuliert. In Wirklichkeit bezweckt diese Initiative zwei Lösungen: Einmal Einsparungen an Energie und dann die Produktion von Strom und Wärme in dezentralisierten Installationen. Der wahre Charakter der Initiative ist gefährlich.

Niemand bestreitet die Tatsache, dass es notwendig ist, Energie zu sparen, dies darf aber nicht unter Zwang geschehen, wie es die Initiative vorsieht. Die Einsparungen sollten durch kategorische Verbote, starre Vorschriften und saftige Energie-Verbrauchssteuern erzwungen werden. Jeder Konsument, klein oder gross, private Haushaltungen wie industrielle Unternehmungen, wären in ein dichtes Netz von Geboten und Verboten einer diesbezüglichen Gesetzgebung verstrickt. Für die Aufsicht darüber wäre ein kostspieliger Verwaltungsapparat mit einer zusätzlichen Anzahl von Beamten notwendig. Im Klartext zielt die Initiative zu einer richtigen Energie-Rationierung hin. Es wäre deshalb ehrlicher gewesen, sie als Energierationierungsinitiative zu bezeichnen.

Die zweite Forderung der Initiative, nämlich die Zuflucht zu dezentralen Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen, ist ebenfalls fragwürdig. Diese Idee wurde geboren, um einen Mangel zu beheben, der trotz Einsparungen in der Versorgung entstände. Es wird also zugegeben, dass Versorgungsmängel entstehen könnten. Diese sogenannten dezentralisierten Installationen wären mit Dieselmotoren ausgerüstet. Es wären Einrichtungen von geringer Kapazität. Sie würden Strom für die Haushalte produzieren, während die Wärme für die Heizungen verwendet würde. Da die Bedürfnisse an Wärme während des Sommers auf ein Minimum sinken, wäre die globale Rentabilität solcher Einrichtungen mehr als fraglich. Dieser Aspekt scheint aber die Urheber der Initiative wenig zu kümmern. Wer würde die Fehlbeträge zahlen? Es wird auch nicht gesagt, dass Tausende solcher Installationen nötig wären. Ferner würden ihre Emissionen die Luftverschmutzung, die

Bildung von sauren Regen und das Waldsterben erheblich vermehren.

Strikte abzulehnen sind die zahlreichen Verbote, Vorschriften und Reglemente, vor allem aber die Konsumsteuer auf Erdöl, Kohle, Gas und Elektrizität.

Eine Annahme der Initiative hätte ohne Zweifel eine Aufblähung des staatlichen Apparates wegen der vorgeschlagenen Taxen und Subventionen zur Folge. Diese Initiative weist ausgesprochene zentralistische Züge auf und widerspricht den föderalistischen Bemühungen der letzten Jahre.

"Eine Schweiz ohne Atomenergie" ist eine Illusion. Die Energieversorgung ist eine zu bedeutsame Angelegenheit, als dass wir uns in gefährliche Experimente einlassen könnten.

12.9.1984/XII

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984:

Die Liste der doppelten NEIN-Parolen

(Stand: 10.9.1984)

Gesamtschweizerische Organisationen

CVP der Schweiz, FDP der Schweiz, Schweizerische Volkspartei SVP, Liberale Partei der Schweiz, Republikanische Bewegung der Schweiz, Jung-Liberale Bewegung der Schweiz, Junge SVP; Redressement National, Vorort des Schweiz. Handels- und Industrievereins, Schweiz. Gewerbeverband, Schweiz. Bauernverband, Vereinigung des Schweiz. Import- und Grosshandels, Schweiz. Hauseigentümer-Verband, Schweiz. Wirteverband, Schweiz. Erdölvereinigung, Schweiz. Wasserwirtschaftsverband, Schweiz. Stiftung für Landschaftsschutz, Schweiz. Verband Graphischer Unternehmer, Energieforum Schweiz, Energie-Konsumenten-Verband, Vereinigung exportierender Elektrizitätsunternehmen, Schweiz. Gas-Industrie, Verband der Schweizer Elektrizitätswerke, Schweiz. Akademie der Technischen Wissenschaften, Schweiz. Ingenieur- und Architektenverband, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Bergbevölkerung, Vereinigung zum Schutze und zur Förderung des Berggebiets, Schweiz. Elektrotechnischer Verein, Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute; Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände, Landesverband freier Schweizer Arbeiter; Schweiz. Vereinigung für Atomenergie, Kantonale Energie-Direktoren-Konferenz.

Regionale/Kantonale Organisationen

Linth-Limmat-Verband. CVP ZH, LU, SZ, BL, GR, AG, TG, TI, JU; CSP Oberwallis. FDP ZH, BE, GL, FR, SO, BL, SH, AR, SG, AG, TG, NE. SVP BE, GL, GR, TG. EVP TG. LdU AG. Liberale BS, VD.